

Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ländlichen Raum; Ergebnisse eines Forschungsprojektes der Ruhr-Universität Bochum

Hintergrund

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geforderten Forschungsprojektes wurden in ganz Deutschland ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister befragt. Das Projekt wurde unter Leitung von Prof. Dr. Bogumil und Dr. David H. Gene unter Mitarbeit von Luisa Anna Süß von der Ruhr-Universität Bochum (RUB) durchgeführt. Das Vorhaben wurde durch den Deutschen Städte- und Gemeindebund und seine Mitgliedsverbände einschließlich des SGSA unterstützt. Die Landesgeschäftsstelle hatte sich auch in die Erarbeitung des Online-Fragebogens aktiv eingebracht.

In der Zeit von 23. März bis 29. April 2022 wurden über die Verbandsgemeinden die 114 ehrenamtlich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die repräsentative Umfrage informiert und um Beteiligung gebeten. Deutschlandweit haben rd. 1.500 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an der Umfrage teilgenommen (23,1 %).

Ergebnisse

1. Sozialstruktur

19,4 % der ehrenamtlichen Bürgermeister in Deutschland sind weiblich. Die Bandbreite liegt dabei zwischen 11,5 % in Sachsen-Anhalt und 33,6 % in Niedersachsen.

84,1 % der ehrenamtlichen Bürgermeister sind verheiratet, 93,6 % leben in ihrer Kommune. Das Durchschnittsalter liegt bundesweit bei 56,7 Jahren (in Sachsen-Anhalt: 56,2 Jahre).

2. Berufliche Situation

Rund 29 % der ehrenamtlichen Bürgermeister sind nicht erwerbstätig. 45,2 % haben ihre Arbeitszeit reduziert, wobei eher Frauen als Männer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Von ihren Arbeitgebern fühlen sich 67,2 % der ehrenamtlichen Bürgermeister unterstützt. Die Arbeitgeber der ehrenamtlichen Bürgermeister finden sich insbesondere in der Privatwirtschaft (33,9 %) und dem öffentlichen Dienst (28,6 %). Dabei beträgt die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit im Hauptberuf 35,2 Stunden (in Sachsen-Anhalt: 41,2 Stunden).

3. Tätigkeit der ehrenamtlichen Bürgermeister

Die Aufgaben der ehrenamtlichen Bürgermeister variieren bundesweit. Der Zeitaufwand bestimmt sich insbesondere nach den Kommunalverfassungen der einzelnen Länder, der Größe der Gemeinde, dem vorhandenen Personal sowie den öffentlichen Infrastrukturaufgaben der

Gemeinde. Als wichtigste Aufgaben wurden genannt: Ansprechpartner und Fürsprecher der Bürger; Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse; Förderung neuer Projekte in der Gemeinde.

Der durchschnittliche Arbeitsaufwand im Ehrenamt betrug bundesweit 20,4 Stunden pro Woche (in Sachsen-Anhalt: 19,9 Stunden/Woche).

4. Amtsdauer in Jahren

Die ehrenamtlichen Bürgermeister blicken bundesweit durchschnittlich auf eine Amtszeit von 7,9 Jahren. Der Spitzenwert liegt mit 9,3 Jahren in Sachsen-Anhalt. Der niedrigste Wert findet sich in Niedersachsen mit 6,3 Amtsjahren. Fast die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeister in Deutschland ist weniger als fünf Jahre im Amt.

5. Zusammenarbeit mit der Verwaltung (Verbandsgemeinde)

Im Rahmen der Umfrage wurden die ehrenamtlichen Bürgermeister auch nach ihren Erfahrungswerten bei der Zusammenarbeit mit der Verwaltung befragt, die in Sachsen-Anhalt Aufgabe der Verbandsgemeinde ist. Dabei ist ein facettenreiches und komplexes Bild entstanden. Im Allgemeinen zeigen sich die Befragten relativ zufrieden, was die hohen Zustimmungswerte auf die Frage nach einer reibungslosen Zusammenarbeit verdeutlichen. Besonders in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind die Werte hoch, während die Kooperation in Sachsen-Anhalt und Thüringen verhaltener bewertet wird. Auch bei konfliktbeladenen Themen ist die Zusammenarbeit von einer Lösungsorientierung und der Suche nach einem Konsens geprägt. Aber auch hier sind wieder leichte Abweichungen zu erkennen, da erneut in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein die Bewertung positiver ausfällt als in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

In der Zusammenarbeit kann es zu Kompetenzgerangel zwischen den ehrenamtlichen Bürgermeistern und den Leitern der Verwaltung (in Sachsen-Anhalt: Verbandsgemeindebürgermeister) kommen. Zumeist trifft dies eher nicht zu, jedoch zeigt sich, dass diese Fälle in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie in Baden-Württemberg etwas häufiger berichtet werden als in anderen Bundesländern.

Die Einschätzung des Selbstverständnisses der Verwaltung als Dienstleister für die ehrenamtlichen Bürgermeister und die ehrenamtliche Politik ist im Allgemeinen eher zustimmend. Während erneut Baden-Württemberg durch eine positive Einschätzung der Verwaltungszusammenarbeit auffällt, setzt sich das bereits beschriebene Bild fort, in dem in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie in Rheinland-Pfalz der Verwaltung weniger stark an Dienstleistungscharakter zugeschrieben wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ehrenamtliche Bürgermeister in Baden-Württemberg und Bayern mit der Verwaltungszusammenarbeit tendenziell zufriedener sind als ihre Kollegen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz.

6. Hass und Anfeindungen

Seit einigen Jahren häufen sich die Berichte von Beschimpfungen, Bedrohungen oder Angriffen auf Amts- und Mandatsträger.

Die Umfrage ergab, dass 56 % der Befragten bereits Erfahrungen dieser Art im Rahmen der Tätigkeit als ehrenamtlicher Bürgermeister gemacht haben. Rund 20 % sogar mehrfach. Ebenfalls fällt auf, dass in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Bayern mehr ehrenamtliche Bürgermeister Anfeindungen erlebt haben als in Niedersachsen und Sachsen. Es deutet sich aber an, dass diese Ereignisse in kleineren Gemeinden seltener vorkommen und der Anteil der ehrenamtlichen Bürgermeister, die davon berichten, mit der Einwohnerzahl steigt.

Der Großteil der Vorfälle bezieht sich auf persönliche Beleidigungen und Bedrohungen (79,5 %), zum Beispiel durch Brief oder Fax (32 %) oder auch im digitalen Raum per E-Mail oder über soziale Medien (21 %). Von körperlichen Angriffen berichteten 2,5 % der Befragten.

Am häufigsten fanden diese Vorfälle bei öffentlichen Veranstaltungen (46 %) statt, gefolgt von Vorfällen in Diensträumen (35 %), bei privaten Tätigkeiten (36 %) und im Wohnumfeld (23 %). Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen gaben häufiger (62 %) an, beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen worden zu sein als ihre männlichen Kollegen (55 %).

Diese Bedrohungslage belastet die ehrenamtlichen Bürgermeister zusätzlich und hat sehr wahrscheinlich auch Einfluss auf die Bereitschaft potenziell Interessierter, zu kandidieren.

7. Amtsnachfolge

Die Befragungsergebnisse sind hinsichtlich der Bereitschaft zur erneuten Kandidatur zu differenzieren. Rund ein Drittel aller Befragten würden wieder antreten, 28 % antworteten mit nein, 36 % sind sich noch unsicher.

Als Gründe für den Verzicht auf eine erneute Kandidatur wurden vor allem das Alter (27,2 %), die zunehmende Bürokratie (24,9 %), zeitliche Gründe (20,8 %), das Anspruchsdenken der Bürger/Proteste (18,2 %), der Umgang/Diskussionskultur im Alltag (17,5 %), gestiegene Anforderungen (14,8 %) und die fehlende Unterstützung durch Kreis/Land/Bund (14,3 %) angegeben.

8. Hauptamtlichkeit?

Bundesweit sprechen sich rd. 32 % der ehrenamtlichen Bürgermeister für die Hauptamtlichkeit der Tätigkeit aus (in Sachsen-Anhalt: 39 %).

Dabei stützen ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und jüngere Bürgermeister eher die Einführung der Hauptamtlichkeit. Als Gründe werden vor allem die komplexen Verwaltungsaufgaben genannt (85,2 %) und die erwartete Attraktivitätssteigerung des Amtes durch bessere Bezahlung (64,5 %).

Nach Auffassung der Befragten sprechen gegen die Hauptamtlichkeit zu hohe Kosten für kleine Gemeinden (81,9 %), die Sorge, dass die Hauptamtlichkeit ehrenamtliche Strukturen verdrängt (60,6 %) sowie die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung (35 %).

Fazit

Der ehrenamtliche Bürgermeister agiert in einem komplexen Umfeld der Verwaltungskooperation/Aufgabenverteilung zwischen Gemeinde und Verbandsgemeinde. Der rechtliche Rahmen unterscheidet sich je nach Bundesland stark und zeigt Optionen für eine flexible Zusammenarbeit auf, die auf die Kommunen zugeschnitten werden kann. Dabei zeigt die Umfrage,

dass in den unterschiedlichen Organisationsformen (Verwaltungsgemeinschaft, Amt, Samtgemeinde, Verbandsgemeinde) ähnliche Probleme vorkommen und weitere Faktoren (wie die Gemeindegröße, eigene zeitliche Ressourcen oder Verwaltungskenntnisse) neben vielen weiteren Einflussfaktoren eine Rolle spielen.

Entsprechend bestehen unterschiedliche Herausforderungen und Bedarfe in den einzelnen Modellen, die mit einer Musterlösung nicht adäquat adressiert werden können. Es können jedoch die Bedingungen verbessert werden, die besonders durch eine klarere Struktur samt Aufgabenbereichen und einzelnen Ansprechpartnern für die ehrenamtlichen Bürgermeister und eine bessere finanzielle Ausstattung gekennzeichnet sind. Die Arbeit der Verbandsgemeinden ist nicht nur nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes als Mittel zur Bewahrung des Rechts auf Selbstverwaltung relevant, da sie den Erhalt auch kleiner Gemeinden als Mitgliedsgemeinden einer Verbandsgemeinde ermöglicht, sondern besitzt auch großes Potenzial für die Kommunalpolitik. Eine verbesserte und leichtere Zusammenarbeit zwischen Verbandsgemeinde und Mitgliedsgemeinde könnte ein Element sein, um mehr Interessierte für das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters als wichtiger Bestandteil der politischen Repräsentation im ländlichen Raum zu gewinnen.